

Die Richtigkeit versichernd
beglaubigt.
Erligheim, den 27. Mai 1999

Abchrift
Fotokopie des Originals
Bürgermeisteramt
Wingert



gemeinde e...

Im Naturpark

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Inkrafttreten des Bebauungsplans „Seestraße“

Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 18. 5. 1999 den Bebauungsplan „Seestraße“ als Satzung beschlossen. Dem Landratsamt Ludwigsburg wird dieser Bebauungsplan gemäß § 4 Abs. 3 Satz 3 Gemeindeordnung (GemO) angezeigt.

Planabgrenzung

Der Geltungsbereich wird begrenzt im Nordosten durch den Ensbach, im Südosten durch die Rathausstraße, im Südwesten durch die Urbanstraße und die Flst. 75, 1065 und 1066, sowie im Nordwesten durch die Hofener Straße. Entgegen dem Aufstellungsbeschluss befindet sich das Flst. 1070 nicht mehr innerhalb des Planbereichs.

Maßgebend ist der Lageplan des Bebauungsplans des Vermessungs- und Ingenieurbüros Günther Scheible, Maulbronn, in der Fassung vom 14.05./20.10.1998/ 19.01./18.05.1999.

Inkrafttreten

Der Bebauungsplan „Seestraße“ tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 Satz 4 Baugesetzbuch, kurz: BauGB).

Einsicht des Planes

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung im Rathaus, 74391 Erligheim, Zimmer 03 (Frau Wingert), während den üblichen Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Mögliche Entschädigungsansprüche

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und § 44 Abs. 4 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Verfahrens- und Formvorschriften nach BauGB

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Verfahrens- und Formvorschriften nach § 4 Absatz 4 der GemO

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GemO oder aufgrund der GemO beim Erlass der Satzung kann innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung

unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Satzung als von Anfang an gültig zustandegekommen; dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Abweichend hiervon kann die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften nach Ablauf der Jahresfrist von jedermann geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 der GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet oder ein anderer die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften innerhalb der Jahresfrist geltend gemacht hat.

Die Verletzungen sind schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde Erligheim geltend zu machen.

74391 Erligheim, 18.05.1999

gez. Albert Leibold, Bürgermeister